

dtv

In diesem erstmals veröffentlichten Essay zeichnet Hannah Arendt die historische Entwicklung des Freiheitsbegriffs nach. Was ist Freiheit, was bedeutet sie uns? Und: Haben wir sie einfach, oder wer gibt sie uns, und kann man sie uns auch wieder wegnehmen?

Arendt berücksichtigt dafür insbesondere die Revolutionen in Frankreich und Amerika. Während die eine in eine Katastrophe mündete und zu einem Wendepunkt der Geschichte wurde, war die andere ein triumphaler Erfolg und blieb doch eine lokale Angelegenheit. Aber warum?

*Hannah Arendt* war eine der signifikanten politischen Denkerinnen des 20. Jahrhunderts. 1906 in Hannover geboren, emigrierte sie 1933 zunächst nach Paris, 1941 dann mit ihrem Mann nach New York. Bis sie 1957 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt, war sie staatenlos. Arendt war Professorin an der University of Chicago und lehrte danach an der New School for Social Research in New York. Dort starb sie 1975.

*Andreas Wirthensohn*, geboren 1967, lebt als Übersetzer, Lektor und Literaturkritiker in München. Er hat u. a. Werke von Michael Hardt/Antonio Negri, Timothy Snyder und Yuval Harari ins Deutsche übertragen.

*Thomas Meyer*, geboren 1966, lehrt Philosophie an der LMU München. Er hat zahlreiche Werke zur modernen jüdischen Philosophie verfasst und herausgegeben.

Hannah Arendt

**DIE  
FREIHEIT,  
FREI  
ZU SEIN**

Aus dem amerikanischen Englisch  
von Andreas Wirthensohn

Mit einem Nachwort  
von Thomas Meyer

dtv



*Die Freiheit, frei zu sein*



Mein Thema heute ist, so fürchte ich, fast schon beschämend aktuell. Revolutionen sind inzwischen alltägliche Ereignisse, denn mit der Beendigung des Imperialismus haben sich viele Völker erhoben, um »unter den Mächten der Erde den selbstständigen und gleichen Rang einzunehmen, zu dem die Gesetze der Natur und ihres Schöpfers es berechtigen«. So, wie zu den dauerhaftesten Folgen der imperialistischen Expansion der Export der Idee vom Nationalstaat noch in den hintersten Winkel dieser Welt gehörte, so führte das Ende des Imperialismus unter dem Druck des Nationalismus dazu, dass sich die Idee der Revolution über den gesamten Erdball ausbreitete.

All diese Revolutionen, mag ihre Rhetorik auch noch so gewaltsam antiwestlich sein, stehen im Zeichen traditioneller westlicher Revolutionen. Der heutigen Situation ging eine ganze Reihe von Revolutionen nach dem Ersten Weltkrieg in Europa selbst voraus. Seither – und noch markanter seit dem Zweiten Weltkrieg – scheint nichts gewisser, als dass es nach einer Niederlage in einem Krieg zwischen den verbliebenen Mächten – natürlich nur, wenn es sich nicht um eine völlige Vernichtung handelt – zu einer revolutionären Veränderung der Regierungsform (im Unterschied zu einem Regierungswechsel) kommen wird. Allerdings sei darauf verwiesen, dass Kriege, schon bevor technologische Entwicklungen kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten buchstäblich

zu einem Kampf auf Leben und Tod gemacht haben, politisch gesehen zu einer Frage von Leben und Tod wurden. Das war beileibe keine Selbstverständlichkeit, sondern zeigt an, dass die Protagonisten zwischenstaatlicher Kriege nunmehr so agierten, als seien sie an Bürgerkriegen beteiligt. Und die kleinen Kriege der letzten zwanzig Jahre – Korea, Algerien, Vietnam – waren eindeutig Bürgerkriege, in welche die Großmächte hineingezogen wurden, weil eine Revolution entweder ihre Herrschaft bedrohte oder für ein gefährliches Machtvakuum gesorgt hatte. In diesen Fällen war es nicht mehr der Krieg, der eine Revolution herbeiführte; die Initiative war vom Krieg auf die Revolution übergegangen, auf die in einigen – aber beileibe nicht allen – Fällen ein militärisches Eingreifen folgte. Es ist, als befänden wir uns plötzlich wieder im 18. Jahrhundert, als der Amerikanischen Revolution ein Krieg gegen England und der Französischen Revolution ein Krieg gegen die verbündeten Monarchien Europas folgte.

Und wieder wirken militärische Interventionen trotz der völlig andersgearteten Umstände – technologisch, aber auch sonst – relativ hilflos gegenüber dem Phänomen. In den letzten zweihundert Jahren haben zahlreiche Revolutionen ein schlimmes Ende genommen, aber nur wenige wurden dadurch zerschlagen, dass überlegene Gewaltmittel zum Einsatz kamen. Umgekehrt haben sich Militärinterventionen, selbst wenn sie erfolgreich waren, oft als bemerkenswert wirkungslos



erwiesen, wenn es darum ging, wieder für Stabilität zu sorgen und das Machtvakuum zu füllen. Selbst ein Sieg, so scheint es, ist nicht in der Lage, Stabilität an die Stelle von Chaos, Integrität an die Stelle von Korruption, Autorität und Vertrauen in die Regierung an die Stelle von Verfall und Auflösung zu setzen.

Eine Restauration, Folge einer unterbrochenen Revolution, sorgt in der Regel für wenig mehr als einen dünnen und sichtlich provisorischen Deckmantel, unter dem die Auflösungsprozesse ungehindert weitergehen. Andererseits aber wohnt bewusst gebildeten neuen politischen Körperschaften ein enormes Potenzial für künftige Stabilität inne, wie beispielhaft die amerikanische Republik zeigt; das Hauptproblem besteht natürlich darin, dass erfolgreiche Revolutionen so selten sind. Selbst in der heutigen Welt, in der, im Guten wie im Schlechten, Revolutionen zu den bedeutsamsten und häufigsten Ereignissen geworden sind – und das wird in den kommenden Jahrzehnten höchstwahrscheinlich so weitergehen –, wäre es nicht nur klüger, sondern auch angemessener, wenn wir nicht dauernd damit prahlen würden, dass wir das mächtigste Land auf Erden sind, sondern wenn wir sagen, dass wir seit der Gründung unserer Republik ein außergewöhnliches Maß an Stabilität genossen haben und dass diese Stabilität unmittelbare Folge der Revolution war. Denn weil sich der Wettstreit zwischen den Großmächten nicht mehr durch einen Krieg entscheiden lässt, wird er

sich langfristig daran entscheiden, welche Seite besser begreift, was Revolutionen sind und was dabei auf dem Spiel steht.

Ich glaube, es ist – spätestens seit dem Vorfall in der Schweinebucht – niemandem verborgen geblieben, dass die Außenpolitik dieses Landes nicht einmal in Ansätzen eine Ahnung davon hat, wie sie revolutionäre Situationen einschätzen oder die Dynamik revolutionärer Bewegungen beurteilen soll. Zwar wird das Scheitern der Invasion in der Schweinebucht oft mit falschen Informationen oder einem Versagen der Geheimdienste erklärt, doch tatsächlich liegen die Ursachen dafür tiefer. Der Fehler bestand darin, dass man nicht begriffen hat, was es bedeutet, wenn eine verarmte Bevölkerung in einem rückständigen Land, in dem die Korruption das Ausmaß völliger Verdorbenheit erreicht hat, plötzlich befreit wird, nicht von der Armut, sondern von der Undeutlichkeit und damit der Unbegreiflichkeit des eigenen Elends; was es bedeutet, wenn die Leute merken, dass zum ersten Mal offen über ihre Lage debattiert wird, und wenn sie eingeladen sind, sich an dieser Diskussion zu beteiligen; und was es heißt, wenn man sie in ihre Hauptstadt bringt, die sie nie zuvor gesehen haben, und ihnen sagt: Diese Straßen, diese Gebäude, diese Plätze, das gehört alles euch, das ist euer Besitz und damit auch euer Stolz. Das – oder zumindest etwas Ähnliches – geschah zum ersten Mal während der Französischen Revolution.

Kurioserweise war es ein alter Mann aus Ostpreußen, der seine Heimatstadt Königsberg nie verließ, ein Philosoph und Liebhaber der Freiheit, nicht unbedingt bekannt für aufrührerische Gedanken, der das sofort verstanden hat. Immanuel Kant nämlich sagte: »Denn ein solches Phänomen in der Menschengeschichte vergißt sich nicht mehr.« Und tatsächlich wurde es nicht vergessen, sondern spielte im Gegenteil seither eine wichtige Rolle in der Weltgeschichte. Und auch, wenn viele Revolutionen in der Tyrannei endeten, so erinnerte man sich doch immer daran, dass sich, mit den Worten Condorcets, »das Wort revolutionär (...) mithin nur auf Revolutionen anwenden [lässt], die die Freiheit zum Ziel haben«.

Wie jeder andere Begriff unseres politischen Wortschatzes lässt sich auch der der Revolution in generischem Sinne verwenden, ohne dass man dabei die Herkunft des Wortes oder den zeitlichen Moment berücksichtigt, an dem der Terminus erstmals auf ein bestimmtes politisches Phänomen Anwendung fand. Hinter einer solchen Verwendung steht die Annahme, dass das Phänomen, auf das sich der Begriff bezieht, genauso alt ist wie das Menschheitsgedächtnis, ganz gleich, wann und warum der Begriff selbst erstmals auftauchte. Besonders stark ist die Versuchung, das Wort gattungsmäßig zu verwenden, wenn wir von »Kriegen und Revolutionen« sprechen, denn tatsächlich sind Kriege so alt wie die dokumentierte Menschheitsgeschichte. Es dürfte

schwer sein, das Wort »Krieg« in anderem als generischem Sinne zu verwenden, allein schon deshalb, weil sich sein erstes Auftauchen weder zeitlich noch räumlich genau feststellen lässt, aber was die wahllose Verwendung des Begriffs »Revolution« angeht, so gibt es eine solche Ausrede nicht.

Vor den beiden großen Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts und dem spezifischen Sinn, den das Wort »Revolution« damals bekam, spielte der Begriff im Vokabular politischen Denkens oder politischer Praxis keine wirkliche Rolle. Wenn der Begriff beispielsweise im 17. Jahrhundert auftaucht, ist er streng mit seiner ursprünglichen astronomischen Bedeutung verbunden, welche die ewige, unausweichliche und immer wiederkehrende Bewegung der Himmelskörper bezeichnete; der politische Gebrauch war metaphorischer Natur und beschrieb eine rückläufige Bewegung zu einem im Vorhinein angenommenen Punkt, ein Zurückschwingen in eine vor-gegebene, prästabilisierte Ordnung. Erstmals verwendet wurde das Wort nicht, als das, was wir als Revolution bezeichnen würden, in England ausbrach (und woraus Cromwell als eine Art Diktator hervorging), sondern im Gegenteil im Jahr 1660 anlässlich der Wiedereinführung der Monarchie nach dem Sturz des Rumpfparlaments. Die »Glorreiche Revolution«, das Ereignis, das dem Begriff »Revolution« paradoxerweise seinen Platz im politischen und historischen Sprachgebrauch sicherte, wurde keineswegs als Revolution

empfunden, sondern als die Restauration der Königsgewalt in ihrer früheren Rechtmäßigkeit und Herrlichkeit. Die tatsächliche Bedeutung von Revolution vor den Ereignissen Ende des 18. Jahrhunderts zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Inschrift auf dem Großen Siegel Englands von 1651, derzufolge die erste Umwandlung einer Monarchie in eine Republik vor allem eines bedeutete: »Freedom by God's blessing restored.«

Die Tatsache, dass das Wort »Revolution« ursprünglich Restauration bedeutete, ist mehr als nur eine semantische Kuriosität. Selbst die Revolutionen des 18. Jahrhunderts lassen sich nicht begreifen ohne die Erkenntnis, dass Revolutionen erstmals ausbrachen, als Restauration ihr Ziel war, und dass der Inhalt dieser Restauration die Freiheit war. In Amerika seien die Männer der Revolution, mit den Worten von John Adams, »gegen ihre Erwartung berufen und entgegen ihrer Neigung berufen« worden; Gleiches gilt für Frankreich, wo man Tocqueville zufolge anfangs hätte glauben können, »daß das Ziel der bevorstehenden Revolution nicht der Umsturz des Ancien Régime, sondern seine Wiederherstellung« sei. Und als den Akteuren im Verlauf beider Revolutionen bewusst wurde, dass sie sich auf ein gänzlich neues Unterfangen eingelassen hatten und nicht einfach zu irgendetwas Vorangegangenen zurückkehrten, als das Wort »Revolution« folglich seine neue Bedeutung annahm, war es von allen Thomas Paine, der weiter dem Geist einer vergangenen

Epoche verhaftet blieb und die Amerikanische sowie die Französische Revolution allen Ernstes als »Gegenrevolutionen« bezeichnete. Er wollte die außerordentlichen Ereignisse vor dem Verdacht schützen, dass sie einen völligen Neuanfang darstellten, und sie von dem Makel der Gewalt befreien, mit dem diese Ereignisse unvermeidlich behaftet waren.

Wir übersehen gerne, dass die Mentalität dieser ersten Revolutionäre von einer fast instinktiven Abscheu vor dem völlig Neuen geprägt war. Das hat zum Teil damit zu tun, dass wir so sehr gewöhnt sind an die eifrige Beschäftigung der Wissenschaftler und Philosophen der Moderne mit »Dingen, die man nie zuvor gesehen, und Gedanken, die man nie zuvor gedacht hat«. Zum Teil aber auch damit, dass im Verlauf dieser Revolutionen nichts so hervorsteht wie die emphatische Betonung des Neuen, die von Akteuren und Zuschauern gleichermaßen ständig wiederholt wurde, ihr Beharren darauf, dass etwas vergleichbar Bedeutsames und Großartiges noch nie zuvor geschehen sei. Der entscheidende und schwierige Punkt dabei ist, dass das enorme Pathos des neuen Zeitalters, des *Novus Ordo Saeculorum*, das noch heute unsere Dollarscheine ziert, erst in den Vordergrund rückte, als die Akteure zumeist gegen ihren Willen einen »point of no return« erreicht hatten.

Was Ende des 18. Jahrhunderts tatsächlich geschah, war demnach Folgendes: Der Versuch, alte Rechte und

Privilegien wiederherzustellen und wiederzubeleben, mündete in das genaue Gegenteil – in eine nach vorne gerichtete Entwicklung und die Eröffnung einer Zukunft, die allen weiteren Versuchen, in Kategorien einer zirkulären oder »revolvierenden« Bewegung zu handeln oder zu denken, trotzte. Und während der Begriff »Revolution« im Zuge des revolutionären Prozesses eine radikale Veränderung erfuhr, passierte mit dem Wort »Freiheit« etwas ganz Ähnliches, allerdings viel Komplizierteres. Solange damit nichts anderes gemeint war als die Freiheit, die »mit Gottes Segen wiederhergestellt« wurde, blieb das Ganze eine Sache der Rechte und Freiheiten, die wir heute mit einer verfassungsmäßigen Regierung verbinden und die entsprechend als Bürgerrechte bezeichnet werden. Nicht enthalten darin war das politische Recht, sich an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Keines dieser anderen Rechte, nicht einmal das Recht auf Vertretung zum Zwecke der Besteuerung, war theoretisch oder praktisch das Ergebnis einer Revolution. Nicht »Leben, Freiheit und Eigentum« waren revolutionär, sondern die Behauptung, dass es sich dabei um unveräußerliche Rechte aller menschlichen Geschöpfe handele, ganz gleich, wo sie lebten und welche Regierungsform sie hatten. Und selbst in dieser neuen und revolutionären Ausweitung auf die gesamte Menschheit bedeutete Freiheit nicht mehr als die Freiheit von ungerechtfertigten Zwängen, also im Grunde etwas Negatives.

Freiheiten im Sinne von Bürgerrechten sind das Ergebnis von Befreiung, aber sie sind keineswegs der tatsächliche Inhalt von Freiheit, deren Wesenskern der Zugang zum öffentlichen Bereich und die Beteiligung an den Regierungsgeschäften sind. Hätten die Revolutionen lediglich darauf abgezielt, die Bürgerrechte zu sichern, so hätte eine Befreiung von den Regimen genügt, die ihre Befugnisse überschritten und bestehende Rechte verletzt hatten. Und richtig ist, dass die Revolutionen des 18. Jahrhunderts mit der Einforderung dieser alten Rechte begannen. Kompliziert wird es dann, wenn es der Revolution um Befreiung *und* Freiheit geht, und da Befreiung ja tatsächlich eine Bedingung für Freiheit ist – wenngleich Freiheit keineswegs zwangsläufig das Ergebnis von Befreiung ist –, ist es schwer, zu entscheiden, wo der Wunsch nach Befreiung, also frei zu sein von Unterdrückung, endet und der Wunsch nach Freiheit, also ein politische Leben zu führen, beginnt. Entscheidend ist, dass sich eine Befreiung von Unterdrückung auch unter einer monarchischen (aber nicht tyrannischen) Regierung hätte erreichen lassen, wohingegen die Freiheit einer politischen Lebensweise eine neue, oder besser: wiederentdeckte Regierungsform erforderte. Sie verlangte nach der Verfassung einer Republik. Tatsächlich bestätigen die Fakten nichts deutlicher als Jeffersons rückblickende Behauptung, die »Kämpfe dieser Zeit« seien »prinzipielle Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern einer republikanischen und den Verfechtern einer monarchischen Staatsform«



gewesen. Die Gleichsetzung einer republikanischen Staatsform mit Freiheit und die Überzeugung, die Monarchie sei eine kriminelle Staatsform, die sich für Sklaven eigne – diese Ansicht fand Verbreitung, sobald die Revolutionen begonnen hatten –, hatten im Denken der Revolutionäre selbst keinen Platz gehabt. Doch auch, wenn sie sich eine neuartige Freiheit zum Ziel gesetzt hatten, kann man nur schwerlich behaupten, sie hätten vorab keine Vorstellung davon gehabt. Im Gegenteil, es war eine Passion für diese neue politische Freiheit (die noch nicht mit einer republikanischen Staatsform identisch war), die sie dazu inspirierte und dafür rüstete, eine Revolution anzuzetteln, ohne dass sie genau wussten, was sie da taten.

Keine Revolution, mochte sie ihre Tore auch noch so weit für die Masse und die Geknechteten öffnen – *les malheureux, les misérables, les damnés de la terre*, wie sie in der hochfliegenden Rhetorik der Französischen Revolution hießen –, wurde je von diesen begonnen. Und keine Revolution war jemals das Ergebnis von Verschwörungen, Geheimgesellschaften oder offen revolutionären Parteien. Allgemein gesprochen ist eine Revolution gar nicht möglich, wenn die Autorität des Staatswesens intakt ist, was unter neuzeitlichen Bedingungen heißt: wenn man darauf vertrauen kann, dass die Streitkräfte der staatlichen Obrigkeit gehorchen. Revolutionen sind keine notwendige, sondern eine mögliche Antwort auf den Niedergang eines Regimes,

sie sind nicht Ursache, sondern Folge des Verfalls politischer Autorität. Überall dort, wo sich diese Auflösungsprozesse – üblicherweise über einen längeren Zeitraum – ungehindert vollziehen konnten, kann es zu Revolutionen kommen, vorausgesetzt, es gibt eine ausreichend große Bevölkerung, die bereit ist für den Zusammenbruch eines Regimes und gewillt, die Macht zu übernehmen. Revolutionen scheinen in ihrem Anfangsstadium immer mit erstaunlicher Leichtigkeit zu gelingen, und der Grund dafür ist der, dass diejenigen, die angeblich eine Revolution »machen«, die Macht nicht »übernehmen«, sondern sie von der Straße auflesen.

Wenn die Männer der Amerikanischen und Französischen Revolution vor den Ereignissen, die ihr Leben bestimmten, ihre Überzeugungen prägten und sie schließlich entzweiten, etwas gemeinsam hatten, dann war es eine leidenschaftliche Sehnsucht danach, sich an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, und eine nicht minder ausgeprägte Abneigung gegen die Heuchelei und Dummheit einer »guten Gesellschaft« – hinzu kamen noch eine Rastlosigkeit und eine mehr oder weniger explizite Verachtung für die Belanglosigkeit bloß privater Angelegenheiten. Woher diese ganz spezielle Mentalität rührte, hat John Adams ganz richtig erfasst, als er davon sprach, dass »die Revolution vollzogen war, bevor der Unabhängigkeitskrieg begonnen hatte«, aber nicht, weil ein besonders

revolutionärer oder rebellischer Geist umging, sondern weil die Bewohner der Kolonien »durch das Gesetz in Körperschaften zusammengefasst waren, die politischer Natur waren«, insofern sie das Recht hatten, sich in den »town halls zu versammeln, um dort über öffentliche Angelegenheiten zu beraten«; denn »in diesen Versammlungen der Städte und der ländlichen Bezirke wurde die Denkungsart des Volkes ursprünglich geformt«.

In Frankreich gab es natürlich nichts, was mit den politischen Institutionen in den Kolonien vergleichbar gewesen wäre, doch die Mentalität war die gleiche; was Tocqueville in Frankreich als »Passion« und »Geschmack« bezeichnete, war in Amerika eine Erfahrung, die schon seit Beginn der Kolonisation augenscheinlich war, ja im Grunde seit dem Mayflower-Vertrag, der eine veritable Schule öffentlicher Gesinnung und öffentlicher Freiheit gewesen war. Vor den Revolutionen bezeichnete man diese Männer auf beiden Seiten des Atlantiks als *hommes de lettres*, und es zeichnete sie aus, dass sie ihre freie Zeit damit zubrachten, »die Archive der Antike zu durchstöbern«, das heißt, sich mit der römischen Geschichte zu befassen, nicht, weil sie romantisch von der Vergangenheit als solcher bezaubert waren, sondern in der Absicht, die geistigen wie institutionellen politischen Lehren zurückzugewinnen, die in den Jahrhunderten einer streng christlichen Überlieferung verloren gegangen oder halb in Vergessenheit geraten waren.

»Die Welt war seit den Römern leer, nur das Andenken an sie ist heute die Prophezeiung der Freiheit«, rief Saint-Just aus, und schon vor ihm hatte Thomas Paine prophezeit: »Amerika wird in vergrößertem Maßstab sein, was Athen in Miniatur war.«

Wenn wir verstehen wollen, welche Rolle die Antike für die Geschichte der Revolutionen spielte, müssen wir an die Begeisterung für »antike Weltweisheit« erinnern, mit der Harrington und Milton Cromwells Diktatur begrüßten, und daran, wie diese Begeisterung im 18. Jahrhundert in Montequieus *Considérations sur les causes de la grandeur des Romains et de leur décadence* (Betrachtungen über die Ursachen der Größe der Römer und ihres Niedergangs) wiederauflebte. Ohne das klassische Vorbild dafür, was Politik sein und was die Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten für das Glück des Menschen bedeuten konnte, hätte keiner der Männer der Revolutionen den Mut zu dem gehabt, was als beispielloses Vorgehen erschien. Historisch betrachtet war es so, als sei der Wiederbelebung der Antike in der Renaissance eine neue Lebensfrist gewährt worden, als habe die Begeisterung für die Republik in den kurzlebigen italienischen Stadtstaaten, die durch das Aufkommen des Nationalstaats zum Scheitern verurteilt war, sich sozusagen nur totgestellt, um den Nationen Europas Zeit zu geben, unter der Vormundschaft absoluter Fürsten und aufgeklärter Despoten zur Mündigkeit heranzureifen.